## "Decreto o determina a contrarre" Dekret der Schulführungskraft über einen öffentlichen Auftrag, Ankauf einer Lieferung oder Dienstleistung Ankauf eines Staubsaugers für die GS Neustift – Hollu Bestellung 4

(Veröffentlichung auf der Webseite der Schule, G.v.D. Nr. 33/2013)

Die Schulführungskraft hat in folgende Rechtsvorschriften Einsicht genommen:

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 1, vorsieht, dass der Direktor für die einheitliche Führung der Schule sorgt und ihr gesetzlicher Vertreter ist,

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 9, vorsieht, dass der Direktor alle Maßnahmen in Bezug auf die Verwaltung des Vermögens trifft und im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Finanzbudgets über die Verwendung der Geldmittel zur Durchführung der in die Kompetenz der Schule fallenden Tätigkeiten verfügt,

in das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 22/2018, in geltender Fassung, welches im Artikel 8, Absatz 6, vorsieht, dass die Berufsbildungsschulen, sowohl einzeln auch im Schulverbund, Verträge mit Universitäten, mit Körperschaften, Unternehmen, Vereinigungen oder mit einzelnen Fachleuten, die einen Beitrag zur Umsetzung besonderer Ziele leisten können, abschließen können,

in das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 38/2017, in geltender Fassung, welches im Artikel 27 Absatz 1, vorsieht, dass Schulen, unbeschadet der spezifischen Einschränkungen, die von Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie von dieser Verordnung vorgegeben sind, im Rahmen ihrer institutionellen Ziele volle Verhandlungsautonomie haben und im Artikel 28, Absatz 2, Buchstabe a), dass die Schulen im Rahmen der Vertragsautonomie Lieferverträge und Dienstleistungsverträge abschließen können.

in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 26, Absatz 2, vorsieht, dass bei Lieferungen und Dienstleistungen mit einem Betrag unter 140.000 Euro, ein Direktauftrag erteilt werden kann.

in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 26, Absatz 2, vorsieht, dass bei Lieferungen und Dienstleistungen mit einem Betrag unter 140.000 Euro, ein Direktauftrag erteilt werden kann,

in das Landesgesetz Nr. 1/2002, in geltender Fassung, welches im Artikel 21/ter, Absatz 5, vorsieht, dass die Schulen verpflichtet sind, die Richtpreise der AOV für einzelner Güter und Dienstleistungen zu berücksichtigen,

in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 5, Absatz 6, vorsieht, dass Schulen verpflichtet sind, auf die Vereinbarungen des Landes (Agentur für Verträge) zurückzugreifen oder die von diesen Vereinbarungen vorgegebenen Preis- und Qualitätsparameter beim Erwerb von vergleichbaren Gütern und Dienstleistungen als nicht überschreitbare Schwelle heranzuziehen,

in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 38, Absatz 2, vorsieht, dass Für Beschaffungen von geringfügigem Wert, das heißt Güter, Dienstleistungen und Bauleistungen im Wert unter 40.000 Euro, die Beschaffung über die elektronischen Instrumente nicht verpflichtend ist, die Grundsätze der Rationalisierung der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung jedoch zu berücksichtigen sind,

in das GvD Nr. 36/2023, in geltender Fassung, welches im Artikel 50, Absatz 1, vorsieht, dass bei Ankäufen unter dem EU-Schwellenwert, also auch bei Direktvergaben unter 140.000 Euro, in der Regel der Grundsatz der Rotation berücksichtigt werden muss,

in den Beschluss der Landesregierung Nr. 132 vom 03.03.2020, welcher in Ziffer 3 die Markterhebung und das Rotationsprinzip behandelt und die Fälle aufzeigt, in welchen der Grundsatz der Rotation angewandt wird und die Fälle, in welchen im Allgemeinen die Rotation nicht angewandt wird,

Die Schulführungskraft hat festgestellt,

dass bei Vorliegen eines spezifischen öffentlichen Interesses, auch vom Wirtschaftsteilnehmer, welcher den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat, ein Kostenvoranschlag eingeholt werden kann, wobei in der Regel bei Vertragswerten unter 140.000 Euro eine stichhaltige Begründung ("onere motivazionale più stringente") anzuführen ist;

dass bei Vertragswerten unter 5.000 Euro gemäß Absatz 6 des Artikels 49 des GvD 36/2023 von der Rotation abgesehen werden kann,

dass bei Direktvergaben unter 140.000 Euro die Wiedereinladung zur Abgabe eines Kostenvoranschlages nur dann begründet werden muss, falls der Wirtschaftsteilnehmer den Auftrag erhält, welcher bereits den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat,

dass die Grundschulen Vahrn Kartone benötigt um das Fach Kunst und Technik unterrichtet werden kann;

dass als geeigneter Vertragspartner die Firma Hollu Italien srl ausgewählt wurde und die detaillierte Begründung für die Auswahl des Vertragspartners, in der Anlage 1, welche wesentlicher Bestandteil dieses Dekrets ist, angeführt ist,

hat festgestellt, dass der Ankauf unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen für öffentliche Aufträge durchgeführt wird,

hat festgestellt, dass der Auftrag auf dem elektronischen Portal der Agentur für Verträge des Landes Südtirols veröffentlicht wird,

hat festgestellt, dass die Gesamtausgabe für die Schule 305,29 € zuzüglich Mwst. beträgt und hat festgestellt, dass die finanzielle Verfügbarkeit gegeben ist und dass die Ausgabe im Finanzjahr 2024 getätigt wird und

## verfügt

1. aufgrund der oben angeführten Begründung und nach Feststellung, dass kein Interessenkonflikt besteht, mit dem oben genannten Wirtschaftsteilnehmer, einen öffentlichen Auftrag, zwecks Ankauf

der oben genannten Lieferung oder Dienstleistung zu einem Vertragswert von 305,29 € zuzügl. Mwst. abzuschließen;

- 2. die Anlage 1, Begründung über die Auswahl des Vertragspartners ist wesentlicher Bestandteil dieses Dekrets;
- 3. EPV ("RUP") dieses Verwaltungsverfahrens ist folgende Person Dott. Evi Volgger.

Die Schulführungskraft Dott. Evi Volgger

## Anlage 1 Wesentlicher Bestandteil

## Begründung Auswahl des Vertragspartners: Ankäufe von Lieferungen (Waren) und Dienstleistungen (nicht Referententätigkeit)

		Die Ware, die Dienstleistung wurde über eine Konvention des Landes
		angekauft.
		Die Ware, die Dienstleistung befindet sich in einer Konvention des Landes,
		kann aber über einen anderen Anbieter günstiger angekauft werden (als
		wesentlichen Bestandteil dieser Begründung, Preisangebot der Ware/der
		Dienstleistung und den aktuellen Preis der Ware/der Dienstleistung in der
-		Konvention beilegen).
		Die Ware, die Dienstleistung befindet sich in einer Konvention des Landes,
		diese entspricht aber nicht den qualitativen oder quantitativen Bedürfnissen
		(Begründung anführen):
		Die Ware, die Dienstleistung befindet sich in keiner Konvention des Landes.
		Der Referenz- oder Richtpreis des Landes ist höher als jener des ausgewählten
		Vertragspartners (eventuellen Richtpreis anführen).
		Es gibt keinen Referenz- oder Richtpreis des Landes.
	$\boxtimes$	Die Ware, die Dienstleistung wurde über den elektronischen Markt Südtirols
		(EMS) angekauft.
		Die Ware, die Dienstleistung wurde nicht über den elektronischen Markt
		Südtirols (EMS) angekauft.
		(Begründung anführen):
		Vertragspartner durch eine angemessene Marktanalyse ermittelt.
		(Begründung anführen): Es wurden 3 Geräte von 2 Herstellern verglichen. Der
		Staubsauger hollutech TS 131 der Firma HOLLU wird bereits in der GS Raas
		seit 2019 ohne erforderliche Reparatur genutzt und zeigt, dass das Preis-
		Leistungsverhältnis dieses Gerätes angemessen ist. Die technischen Details (vor
		allem die Lautstärke des Gerätes) und der Preis sind für den Zuschlag
		ausschlaggebend.
		Es wurde aus folgendem Grund nur ein Kostenvoranschlag von einem
		Wirtschaftsteilnehmer eingeholt:
		1. Es gibt eine besondere Marktstruktur, d.h., es gibt keine Konkurrenz am
		Markt, es fehlen rationale Alternativen.
		(Begründung anführen):
		2. Es gibt am Markt zwar theoretisch Alternativen, die Verwaltung müsste aber
		nachweislich signifikante Qualitätsverluste bei der Leistungsverbringung
		hinnehmen.
ŀ		(Begründung anführen):
		Anderes: .

Hinsichtlich Anwendung des Grundsatzes der Rotation (GvD Nr. 36/2023, Artikel 49):

Die "Wiedereinladung" ist zu begründen, falls der Wirtschaftsteilnehmer den Auftrag erhält, welcher bereits den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat.

Es handelt sich um einen Ankauf ab 5.000 Euro bis unter 40.000 Euro.
Es besteht ein spezifisches öffentliches Interesse auch vom Wirtschaftsteilnehmer, welcher den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat, ein Kostenvoranschlag einzuholen, Voraussetzung hierfür ist eine stichhaltige Begründung ("onere motivazionale più stringente").
Vom Wirtschaftsteilnehmer, welcher den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat und welcher diesen Auftrag erhält, wurde aus folgendem Grund, ein Kostenvoranschlag eingeholt:

Es handelt sich um einen Ankauf unter 5.000 Euro und somit emäß Absatz 6 des Artikels 49 des GvD 36/2023 von der Rotation abgesehen werden kann, Vom Wirtschaftsteilnehmer, welcher den letzten gleichartigen Auftrag erhalten hat und welcher diesen Auftrag erhält, wurde aus folgendem Grund, ein Kostenvoranschlag eingeholt: Es handelt sich um einen vertrauenswürdigen Wirtschaftsteilnehmer, welcher sich im Rahmen des letzten erteilten öffentlichen Auftrages, durch eine hohe Qualität in der Leistungserbringung zu einem günstigen Preis ausgezeichnet hat. Die Verwaltung hat deshalb ein konkretes öffentliches Interesse, im Rahmen einer angemessenen Marktrecherche, durch welche die Grundsätze der Freien Konkurrenz und der Nicht-Diskriminierung garantiert werden, für diesen gleichartigen Auftrag, auch einen Kostenvoranschlag dieses Wirtschaftsteilnehmers einzuholen.

Die auftraggebende Verwaltung bestätigt, dass kein auch nur potentieller Interessenkonflikt besteht.